

einander auskommen«, wie die Beteiligten begeistert berichteten.

Das als Modell der Bundesregierung zusammen mit dem Landschaftsverband Rheinland und der Stadt Bonn seit fünf Jahren betriebene Behinderten-Freizeit- und Begegnungszentrum, das Gustav-Heinemann-Haus, war ein weiterer Mittelpunkt noch intensiverer Veranstaltungs-, Bildungs- und Betreuungsarbeit. Die dort brennpunktartig anfallenden Informationen, Beobachtungen und Erkenntnisse waren für eine Tatsache repräsentativ: Nicht die gesetzlichen und technischen Einzelmaßnahmen zugunsten der Behinderten, die in erster Linie die Aufgabe der öffentlichen Hand waren und bleiben werden, stellten den Haupteffekt des Behindertenjahres dar, sondern der große Bewußtseinsschub, der durch seine Öffentlichkeitsarbeit bewirkt wurde. Viele Skeptiker wie Betroffene und auch manche Optimisten werden erst später das Ausmaß der Anstoßwirkung dieses Jahres erkennen. Alle, die den Erwartungshorizont von Anfang an primär bei der Impulsgebung und der Bewußtseinsförderung angesetzt haben, sind nicht enttäuscht worden. Und dennoch müssen wir uns darüber klar sein: das schnell vergangene Jahr hat auch gezeigt, daß eine dauerhafte und tiefe Verwurzelung des Verständnisses für die noch großenteils am Rande stehenden Behinderten bei weitem noch nicht Gemeingut unserer Gesellschaft geworden ist. Hier liegt die langjährige Zukunftsverpflichtung für alle. Daß dies so ist, hat das Internationale Jahr der Behinderten ebenfalls sehr deutlich gemacht. *Freimut Richter* □

Entkolonisierung und Treuhänderfragen

West-Sahara: UNO drängt auf Waffenstillstand und Referendum — Sahara-Republik jetzt Mitglied der OAE — Forderungen der Konfliktparteien weiter unvereinbar (16)

(Die folgenden Ausführungen setzen den Bericht in VN 1/1981 S.33f. fort)

Die Lösungsvorschläge der OAE

Die UN-Generalversammlung hatte mit ihrer Resolution 35/19 vom 11. November 1980 der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU bzw. OAE) erneut die Verantwortung für die Durchführung einer politischen Lösung der West-Sahara-Frage übertragen. Die OAE hatte dieses Problem zu einem der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung ihrer 18. Gipfelkonferenz gemacht, die vom 24. bis 27. Juni 1981 in der kenianischen Hauptstadt Nairobi stattfand. Die Verhandlungen begannen insofern mit einer Überraschung, als König Hassan II. von Marokko kurz zuvor erstmals, wenn auch nur in vager Form, die »grundsätzliche Zustimmung« zu einem Referendum gegeben hatte. Das schien einen Durchbruch möglich zu machen. Die Gipfelkonferenz begrüßte in ihrer Resolution AHG/Res. 103(XVIII) die Konzession des Königs und forderte die Konfliktparteien zu einem sofortigen Waffenstillstand auf. Ein »Durchführungsausschuß« (Implementation Committee) wurde eingesetzt, der die Modalitäten für den Waffenstillstand und für ein Referendum bis

Ende August 1981 ausarbeiten sollte; die OAE bat ferner die UNO, gemeinsam mit ihr eine Friedenstruppe in der West-Sahara zu stationieren. Der Durchführungsausschuß besteht — wie vorher die Ad-hoc-Kommission (Rat der Weisen) — aus den Staatschefs von Guinea, Kenia, Mali, Nigeria, Sierra Leone, Sudan und Tansania unter dem Vorsitz des kenianischen Präsidenten und gegenwärtigen OAE-Vorsitzenden Daniel arap Moi.

Zeitgerecht vom 24. bis 26. August 1981 tagte der Durchführungsausschuß in Nairobi und faßte folgende Beschlüsse: Ein »allgemeines und freies« Referendum solle in der West-Sahara durchgeführt werden. Wahlberechtigt solle sein, wer bei dem spanischen Zensus von 1974 in den Wahllisten erfaßt worden war (die Listen befinden sich gegenwärtig in der Obhut der Vereinten Nationen). Das Stimmrecht der sahraischen Flüchtlinge in den Nachbarländern wird nur unpräzise behandelt, indem auf die Unterlagen des Hohen Flüchtlingskommissars (UNHCR) verwiesen wird. Bei dem Referendum solle sich die Bevölkerung zwischen zwei Optionen entscheiden: Unabhängigkeit oder Integration in Marokko. Das Referendum solle von dem Durchführungsausschuß in Zusammenarbeit mit der UNO abgehalten werden. Eine Interimsverwaltung solle mit den bestehenden Strukturen (also mit den marokkanischen Behörden) zusammenarbeiten. Eine angemessene Friedenstruppe der »OAE und/oder der UN« solle die Arbeit der Verwaltung unterstützen. Schließlich fordert der Ausschuß die »Konfliktparteien« (die POLISARIO wird nicht beim Namen genannt) auf, unter seinen Auspizien einen Waffenstillstand auszuhandeln. Die Truppen der Konfliktparteien sollten auf ihre Garnisonen beschränkt werden.

Der Dissent der Konfliktparteien

Dieser Plan fand zwar vielfach Zustimmung, aber gerade die beiden Hauptbetroffenen äußerten erhebliche Einwände.

Marokko: Bereits eine Woche nach der OAE-Gipfelkonferenz hatte König Hassan sein Einverständnis zu einem Referendum insofern abgeschwächt, als er nur noch von einem »internen« Referendum sprach, das der Bevölkerung das Recht gebe, seine Zugehörigkeit zu Marokko zu »bestätigen«. Diese Abstimmung solle von der spanischen Verwaltung durchgeführt werden, UN-Beobachter könnten ihre Durchführung überwachen und technische Hilfe leisten. Das Referendum solle sich auf die eine Frage beschränken, ob »dem Fürst der Gläubigen, dem König von Marokko« Loyalität bestätigt werde. Auf diese Frage sei nur mit Ja oder Nein zu antworten. Verhandlungen mit der POLISARIO, wie sie von der OAE zur Herbeiführung des Waffenstillstandes gefordert werden, wurden und werden von Marokko strikt abgelehnt.

POLISARIO: Die Positionen der »Frente Popular para la Liberación de Saguia el-Hamra y de Rio de Oro« sind in einem Memorandum dargelegt, das als Anlage zu UN-Doc.A/36/488 vom 10. September 1981 verteilt wurde: König Hassan wird — gewiß nicht zu Unrecht — vorgeworfen, durch die Einschränkung seiner Zustimmung zum Referendum die Entschließung der OAE nach »Buchstaben und Geist« verletzt zu haben. Die POLISARIO fordert als Voraussetzung für das Referendum den vollständigen Abzug der marokkanischen

Truppen und der Verwaltung. Direkte Verhandlungen Marokkos mit der POLISARIO seien die Voraussetzung für alle Friedensschritte. Das gesamte sahraische Volk solle in seine »Städte und Dörfer« zurückkehren. UNO und OAE sollten eine Interimsverwaltung einrichten, die mit der nationalen Verwaltung der Arabischen Demokratischen Republik Sahara (ADRS) zusammenarbeiten könne.

Diese Beispiele zeigen, welche Kluft nach wie vor zwischen den beiden Konfliktparteien besteht. Für keine der beiden Seiten sind die Forderungen der Gegenseite akzeptabel. Der Kompromißvorschlag der OAE fordert beiden Seiten Opfer ab, die jedoch für Marokko eher erfüllbar erscheinen.

Die Stellungnahme der Vereinten Nationen

In der schwierigen Situation sah es die Weltorganisation offenbar als ihre wichtigste Aufgabe an, die Autorität der von ihr selbst mit der Lösung des Problems beauftragten OAE durch die (mit 76 gegen 9 Stimmen bei 57 Enthaltungen angenommene) Resolution 36/46 vom 24. November 1981 zu stärken, in der sie die Beschlüsse der 18. Gipfelkonferenz der OAE und des Durchführungsausschusses im wesentlichen billigt. Die Generalversammlung unterstreicht dabei nochmals ihre Grundpositionen, vor allem das »Recht des Volkes der Sahara auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit«. Sie ermahnt ferner Marokko und die POLISARIO (die hier im Gegensatz zu den Erklärungen der OAE namentlich genannt wird), Verhandlungen miteinander aufzunehmen. Nachdrücklich wird die OAE aufgefordert, bei der Durchführung des Referendums für die »Mitwirkung« der Vereinten Nationen zu sorgen. Unter Hinweis auf die Resolution 35/117 vom 10. Dezember 1980 (die die Kooperation zwischen der Weltorganisation und dieser Regionalorganisation zum Gegenstand hat) wird um die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Afrikanischen Einheit in fast schon beschwörend klingender Form »ersucht«.

Wenn die Beschlüsse der OAE den Eindruck erwecken, als ob für sie die Herstellung des Friedens in der Region Vorrang habe vor der Wahrung der Grundrechte der Bevölkerung der West-Sahara, so gilt für die UNO zwingend die umgekehrte Gewichtung. Die UN-Resolution spiegelt zwischen den Zeilen dieses Dilemma wider. Die nachdrücklich angestrebte Beteiligung der Weltorganisation an der Durchführung der Friedensvorschläge würde es ihr erlauben, Einfluß im Sinne ihrer Wertordnung zu nehmen.

Die oben dargestellten Positionen der Konfliktparteien zeigen folgende wichtigste Widersprüche:

- Die Weigerung Marokkos, direkte Verhandlungen mit der POLISARIO zu führen, die von dieser als unabdingbare Voraussetzung einer Lösung bezeichnet werden.
- Die POLISARIO-Forderung nach Rückzug der marokkanischen Truppen und Verwaltung, die allerdings von der OAE fallengelassen wurde.
- Die noch völlig ungeklärte Frage der Stimmberechtigung. Der umstrittene spanische Zensus von 1974 ergab eine Bevölkerung von nur 73 487 Menschen. Dem stehen Angaben der POLISARIO gegen-

über, die bis 750 000 Personen gehen. Unparteiische Schätzungen liegen bei etwa 250 000.

Um trotz dieser Gegensätze die Frage des Friedensprozesses in Gang zu halten, beschloß der Durchführungsausschuß auf seiner zweiten Zusammenkunft am 8./9. Februar 1982 — um nicht das Ganze an dem Teilproblem der »direkten Verhandlungen« scheitern zu lassen —, den Vorsitzenden der OAE zu beauftragen, auf dem Wege der »Reisediplomatie auf höchster Ebene« vorrangig die Frage eines Waffenstillstandes mit den Konfliktparteien zu klären. Im übrigen wurden die auf der ersten Sitzung des Durchführungsausschusses gefaßten und von den Vereinten Nationen bestätigten Beschlüsse beibehalten und nur geringfügig ergänzt. Fristen werden nicht genannt, so daß der zeitliche Ablauf völlig offenbleibt.

Eklat in Addis Abeba

Eine dramatische Wendung nahm das Verhältnis der OAE als Organisation zum Konflikt allerdings schon kurz nach dem Treffen in Nairobi. Auf der OAE-Ministerratstagung (22.–28.2., Addis Abeba) gab OAE-Generalsekretär Edem Kodjo — augenscheinlich ohne Absprache mit dem OAE-Vorsitzenden — die Aufnahme der ADRS als 51. Mitglied in die Organisation bekannt; obwohl schon 1980 auf dem Gipfeltreffen von Freetown 26 Staaten die Aufnahme der Exil-Republik befürwortet hatten, war bislang dieser förmliche Akt vermieden worden, um die OAE nicht einer Zerreißprobe auszusetzen. Jetzt aber kam es zu einem Eklat. Die Delegationen von 19 Mitgliedsländern verließen die Konferenz. Vier weitere Länder, darunter Ägypten, blieben zwar, meldeten aber ihre Bedenken gegen die Aufnahme der ADRS in die OAE an. Seitdem herrscht ein Zustand der Verwirrung. Die Konfliktparteien beharren eher noch weniger kompromißbereit als bisher auf ihren kontroversen Standpunkten. Der Vorsitzende der OAE erklärte, er habe von dem Sahara-Ausschuß der OAE das Mandat erhalten, mit Marokko und der POLISARIO getrennte Gespräche zu führen, um den Waffenstillstand und ein Referendum zu erreichen. Er werde diesen Auftrag weiterhin durchführen.

Die Brisanz der Situation wurde besonders deutlich, als Mitte März in Dakar eine Konferenz der Informationsminister der OAE-Mitgliedstaaten stattfinden sollte. Das Gastland Senegal verwies die bereits angereiste Delegation der ADRS des Landes. Als Protest dagegen verließen diesmal die Minister von 14 Teilnehmerstaaten, die mit der POLISARIO sympathisieren, die Konferenz. Die Konferenz wurde daraufhin »sine die« verschoben. Dieser Vorfall zeigt, wie sehr die OAE gegenwärtig gespalten und damit in ihrer gesamten politischen Arbeit gelähmt ist. Eine Änderung scheint allenfalls durch die Einberufung einer Sonder-Gipfelkonferenz denkbar.

Die Kampfhandlungen

Die Angriffe der POLISARIO hatten im Frühjahr und Sommer 1981 deutlich nachgelassen. Drei Gründe wurden als Ursache vermutet:

— Marokko baute die »Mauer«, bei der es sich um einen rund 450 km langen Sandwall handelt, der durch Landminen, Stacheldraht und elektronische Vorwarnrichtungen verstärkt ist. Die Mauer

schützt die Ortschaft Zag südlich des Nordosten des Dschebel Ouarkiz und führt vom Südrand dieses schwer passierbaren Berglandes in weitem Bogen um Smara, die Phosphatlager von Bou Craa und die Hauptstadt El-Aioun zum Atlantik. Sie schützt damit den von König Hassan als »nützliche Sahara« bezeichneten Teil des umstrittenen Gebietes. In den weiten Räumen südlich der Mauer behielt Marokko zunächst lediglich drei befestigte Plätze.

— Die POLISARIO erhielt aus Libyen moderne sowjetische Waffen zugeführt, an denen sie erst ausgebildet werden muß.
— Die POLISARIO führte zudem die Umgruppierung eines Teils ihrer Kampfverbände aus dem Raum um Tindouf in den Süden durch.

Nach dieser trügerischen Ruhepause erfolgte am 13. Oktober 1981 der erfolgreiche Angriff der POLISARIO auf die befestigte Ortschaft Guelta Zemmour (150 km südlich der Mauer und 40 km westlich der Grenze zu Mauretanien). Der Angriff verdient deshalb besondere Beachtung, weil er durch den Einsatz neuer, schwerer Waffen (nach marokkanischen Angaben Panzer T-54 und T-55 sowie SAM-6-Flugabwehrraketen) gekennzeichnet war und deshalb vielfach als eine Eskalation in der Kampfführung angesehen wird. Marokko nahm zwar Guelta Zemmour nach drei Tagen wieder zurück, räumte es aber ebenso wie den Stützpunkt Bir Enzarnam im November 1981 ohne Feinddruck endgültig. Bir Enzarnam liegt 120 km östlich der Hafenstadt Dakhla.

Verschiedene Versuche der POLISARIO, Ende 1981/Anfang 1982 den Wall um die »nützliche Sahara« zu durchbrechen, sind gescheitert. Sie dürften auch in Zukunft nur zu zeitlich begrenzten Erfolgen führen.

So hält Marokko zwar die wichtigsten Teile der West-Sahara weiterhin besetzt, in den erheblich größeren, wenn auch fast menschenleeren Gebieten südlich davon ist Marokko (von Dakhla abgesehen) weder militärisch noch administrativ ständig präsent, und die POLISARIO bewegt sich dort nach eigenem Willen. Auch wenn das eine teilweise De-facto-Erfüllung der POLISARIO-Ziele darstellt, ist doch nach wie vor eine militärische Gesamtlösung der West-Sahara-Frage für beide Seiten unerreichbar.

Konfliktmächte und Großmächte

Marokko trägt schwer an der Last des Krieges. Soziale Unruhen im Juni 1981 (Casablanca) erschütterten die innere Geschlossenheit. Führer der sozialistischen Oppositionspartei USFP warfen dem König nach dem OAE-Gipfel in Flugblättern vor, durch das Einverständnis zu einem Referendum Verrat an der nationalen Sache geübt zu haben. Das zeigt erneut, wie eng der innenpolitische Spielraum Hassans im Hinblick auf das Aushandeln einer Kompromißlösung ist.

Die Lage der POLISARIO ist zwiespältig. Zwar geben die militärischen Erfolge ihr einen starken Rückhalt bei der Vertretung ihrer Ansprüche. Im politischen Raum hat sie jedoch im Umgang mit ihren Hilfsmächten schwierige Phasen durchstehen müssen. Neben der zunehmenden Zurückhaltung Algeriens stellte das Verhalten des libyschen Staatschefs Kaddafi im Jahre 1981 für die POLISARIO eine schwere Nervenprobe dar:

— Die zeitweise Annäherung Kaddafis an

Marokko während des OAE-Gipfeltreffens.

— Kaddafis Vorschlag vom April 1981, die ADRS solle den Wunsch nach Selbstständigkeit aufgeben und sich mit Mauretanien vereinigen.

— Schließlich die Erklärung Kaddafis vom September 1981, der Sahara-Krieg solle beendet werden, damit »die tapferen Krieger der POLISARIO« zum Kampf gegen den wichtigsten Feind der Araber, den Zionismus, frei würden.

Fast entstand so der Eindruck, die POLISARIO würde von ihrem wichtigsten Helfer fallengelassen, auch wenn die gegen Guelta Zemmour eingesetzten Waffen das Gegenteil zu beweisen scheinen. Gerade diese Kämpfe sind aber schwer zu bewerten: Stellen sie ein letztes Aufbäumen der POLISARIO dar, um für die Verhandlungen eine gute Ausgangsbasis zu gewinnen, oder sind sie im Gegenteil der Beginn des Abrückens von ungünstigen politischen Friedensverhandlungen im Vertrauen darauf, daß nach der Verbesserung der Bewaffnung eine militärische Lösung erreichbar sei?

Algerien lehnt es nach wie vor ab, in der Rolle einer Konfliktpartei in die Verhandlungen einbezogen zu werden. Andererseits vermeidet es sorgfältig den Eindruck, die POLISARIO im Stich gelassen zu haben, schon um diese nicht in die völlige Abhängigkeit des rivalisierenden Libyen geraten zu lassen.

Die Vereinigten Staaten haben aus globalpolitischen Gründen ihre Beziehungen zu Marokko in letzter Zeit enger gestaltet. Obwohl sie auch jetzt noch die Inbesitznahme der West-Sahara durch Marokko offiziell nicht anerkennen, hatte Präsident Reagan bereits drei Monate nach seiner Amtsübernahme die Verwendungseinschränkung für 108 von Marokko bestellte, aber noch nicht gelieferte Panzer vom Typ M-60 aufgehoben. Signalwirkung kommt dem Besuch des US-Außenministers Haig am 11./12. Februar 1982 in Marokko zu. Haig kündigte danach vor der Presse Verhandlungen über die Benutzung zweier marokkanischer Luftstützpunkte durch US-Militärflugzeuge an. Ferner äußerte er sich behutsam über die Absicht, einen gemeinsamen Militärausschuß zu bilden. Entscheidungen seien jedoch noch nicht getroffen. Ohne vor der Presse den Saharakrieg zu erwähnen, gab Haig der Hoffnung der US-Administration Ausdruck, in Zukunft die Militärhilfe für Marokko substantiell erhöhen zu können. Damit nehmen die USA in Zukunft de facto im Saharakonflikt stärker als bisher zugunsten Marokkos Einfluß.

Die Sowjetunion beteiligt sich an dem Konflikt weiterhin nur indirekt durch ihre Waffenlieferungen an Libyen.

Ausblick

Nach dem Eklat von Addis Abeba scheint es aufs neue unwahrscheinlich, daß Daniel arap Moi bei der Durchführung des Vermittlungsauftrags der OAE Erfolg hat und einen Waffenstillstand erreicht. Wird jedoch eine Lösung — was eher anzunehmen ist — weiterhin verzögert, so dürften ab August 1982 die Karten neu gemischt werden, wenn Kaddafi das Amt des Vorsitzenden der OAE für ein Jahr übernimmt. Für ihn lösen sich die Widersprüche seiner Sahara-Politik dadurch auf, daß er diese lediglich als zweitrangige Bestandteile einer konsequent gesamtarabischen Politik ansieht. *Conrad Kühlein* □